

Beschluss

Politik gegenüber Iran

Mehr als ein Jahr ist seit den gefälschten iranischen Präsidentschaftswahlen und den anschließenden Massenprotesten vergangen. Viele der in Folge der Proteste Inhaftierten sind immer noch in Haft, bedroht von Folter und Misshandlungen. Repression und Gewalt richten sich vor allem gegen Oppositionelle, GewerkschafterInnen, FrauenrechtsaktivistInnen, BürgerrechtlerInnen und StudentInnen. Zudem werden Mitglieder religiöser sowie ethnischer Gruppen willkürlich verhaftet und hingerichtet. Iran steht inzwischen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bei Hinrichtungen an oberster Stelle weltweit. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist erheblich eingeschränkt, es gibt kaum noch oppositionelle Medien, deren MitarbeiterInnen nicht inhaftiert werden. Zudem gelingt es der Regierung, nationale und internationale Radio- und Fernsehsender sowie Internetzugang und Mobilfunk-Verbindungen zu stören bzw. ihre BenutzerInnen zu überwachen.

Die iranische Regierung hat keine Bereitschaft gezeigt, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen. Die Ereignisse des zurückliegenden Jahres haben dennoch die divergierenden Interessen im iranischen Machtapparat sowie die Widersprüchlichkeiten innerhalb der politischen Fraktionen deutlich werden lassen. Deutlich geworden ist auch das große Potential in der Bevölkerung, das einen demokratischen Wandel einfordert.

Eine europäische/deutsche Iran-Politik muss neben dem Atomstreit auch die internen Entwicklungen und die regionalen Herausforderungen berücksichtigen. Ein entscheidender Bestandteil davon ist die Menschenrechtspolitik: Wir dürfen den Iran nicht nur wegen seiner Atompolitik kritisieren, sondern müssen auch die schweren Menschenrechtsverletzungen thematisieren.

Auf internationaler Ebene gab es mit der Amtsübernahme von US-Präsident Barack Obama ernsthafte Hoffnungen auf eine Entspannung in den US-amerikanisch-iranischen Beziehungen. In einer an die iranische Bevölkerung gerichteten Videoansprache zum iranischen Nowruz-Fest im März 2009, als der US-Präsident erstmalig von der "Islamischen Republik Iran" sprach, und in seiner drei Monate später gehaltenen Kairoer Rede bekräftigte Obama unmissverständlich sein Interesse an Verhandlungen mit Iran, die ohne Vorbedingungen und auf der Basis wechselseitigen Respekts stattfinden sollten. Hiermit unterscheidet sich die neue US-amerikanische Politik wohlthuend von der "Regime-Change"-Rhetorik des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush.

Damit tat sich eine neue und realistische Chance auf, im Atomstreit eine Verhandlungslösung zu finden. Bereits im Jahr 2003 war eine Einigung mit dem damaligen iranischen Präsidenten Khatami vor allem am US-amerikanischen Widerstand gescheitert. Iran hatte ein umfassendes Verhandlungsangebot gemacht und zugestimmt, die Urananreicherung zeitweise auszusetzen. Es ist höchst bedauerlich, dass nun ein faires Verhandlungsangebot der internationalen Gemeinschaft von der iranischen Regierung zurückgewiesen wird.

Im September 2009 wurde bekannt, dass Iran zusätzlich zur Anreicherungsanlage in Natanz heimlich an einer zweiten Anreicherungsanlage bei Qom baut, die 2011 fertig gestellt werden soll. Außerdem hat Iran angekündigt, zehn weitere Anreicherungsanlagen zu bauen. Diese Tatsache untermauert die Befürchtungen, dass Iran im Verborgenen weiter an einem Atomwaffenprogramm arbeitet. Iran konnte bisher nicht glaubhaft machen, zu welchen zivilen Zwecken das in diesen Anlagen produzierte, leicht angereicherte Uran (3,5%) benötigt wird. Am 9. Februar 2010 begann Iran damit, hoch angereichertes Uran (20%) zu produzieren. Die IAEA ist nach eigener Aussage weiterhin nicht in der Lage zu überprüfen, ob das iranische Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient und stellt in ihrem Bericht vom 18. Februar Hinweise auf eine militärische Dimension des Nuklearprogramms fest.

Unter dem Einfluss der E3+3 Verhandlungsgruppe (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und China, Russland, USA) hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) Iran im Oktober 2009 einen Kompromissvorschlag unterbreitet, der vorsah, zum Betrieb des Teheraner Forschungsreaktors, in Iran niedrig angereichertes Uran zur Aufbereitung nach Russland und Weiterverarbeitung nach Frankreich zu schicken und als fertige Brennstäbe zurückzuliefern. Der Plan hätte Iran die Möglichkeit gegeben, den Forschungsreaktor zu betreiben, ohne selbst Uran auf 20% anzureichern zu müssen. Doch dieser Vorschlag wurde von Iran zurückgewiesen. Zusätzlich schüren die inakzeptable Rhetorik Ahmadinedschads, Israel zerstören zu wollen und das iranische Raketenprogramm, das internationale Misstrauen. Verschärfte VN-Sanktionen, die Teheran zum Einlenken in der Atomfrage bewegen sollen, waren die Konsequenz.

Mit Resolution 1929 verstärkte der VN-Sicherheitsrat am 9. Juni 2010 die bis dahin bestehenden Sanktionen. Die neuen Regelungen beinhalten ein umfassendes Waffenembargo, identifizieren die iranischen Revolutionsgarden als Sanktionsziel, beschränken den Finanz- und Versicherungssektor sowie den Transportsektor und verbieten iranische Auslandsinvestitionen im Nuklearsektor. Durch einen EU-Ratsbeschluss am 26. Juli 2010 hat die Europäische Union VN-Sanktionen umgesetzt und ergänzt. Die Reise- und Finanzrestriktionen gegen Einzelpersonen sind auf das gesamte Korps der Revolutionsgarden ausgeweitet worden. Während die bis dato verhängten Sanktionen nur in proliferationsrelevanten Sektoren ein Handels- und Investitionsverbot bewirkten, fallen jetzt der Finanzsektor sowie "Schlüsselausrüstungen" in der Öl- und Gasindustrie und der Frachtflugverkehr unter das Sanktionsregime. Für den Schiffsverkehr gibt es Beschränkungen.

Gespräche und Verhandlungsangebote zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und Iran dürfen nicht abreißen. Allerdings hat Iran in letzter Zeit bisher alle Gesprächsangebote der internationalen Gemeinschaft nicht ernst genommen bzw. abgewiesen. Die Versuche, Iran langfristig einzubinden, um Stabilität und Frieden in der Region zu erreichen sind erfolglos geblieben. Das im Mai 2010 von Brasilien und der Türkei ausgehandelte trilaterale Abkommen zum Austausch von Brennelementen für den Betrieb des Forschungsreaktors enthielt positive Ansätze und war prinzipiell zu begrüßen. Allerdings war die gleichzeitige Ankündigung Irans, die Anreicherungsaktivitäten fortzusetzen, sowie die geringen Mengen des für den Tausch vorgesehenen höher angereicherten Urans ungeeignet, das Misstrauen gegenüber Iran zu reduzieren.

Irans Einfluss auf die Hamas sowie die Hisbollah im Libanon und auf einige Gruppierungen in Afghanistan sowie im Irak haben ein nicht zu unterschätzendes Störpotential, das die Region destabilisieren kann. Dennoch sollte Iran bei den internationalen Bemühungen, Afghanistan zu stabilisieren, eingebunden werden. Eine neue regionale Sicherheitspolitik mit internationaler Beteiligung, die regionale und grenzübergreifende Probleme in einem gemeinsamen Forum debattiert und zu lösen versucht, böte hierfür eine Gelegenheit. Auf diese Weise wäre es möglich, wirtschaftliche und menschenrechtliche Kooperationsinstrumente auszuloten, welche die Einnengung der Iranpolitik auf das Atomprogramm überwinden könnten.

Aufgrund der Besorgnis erregenden Menschenrechtsslage im Iran sehen sich viele Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte einfordern und verteidigen, gezwungen, den Iran zu verlassen. Viele sind bisher in die Türkei geflohen. Am 31. Dezember 2009 waren bei dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) insgesamt 4.242 iranische Staatsangehörige mit Schutzbedarf in der Türkei registriert. Da den nicht-europäischen Flüchtlingen in der Türkei der Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention versagt wird und zudem die Unterstützung für Asyl- und Schutzsuchende sehr gering ist, befinden sich viele iranische Flüchtlinge in menschenrechtlich katastrophalen Situationen. Aus diesem Grund hat sich das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt dazu entschlossen, etwa 50 iranische Flüchtlinge auf Grundlage von § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz in Deutschland aufzunehmen.

Eine Verbesserung der Beziehungen mit Iran hängt auch sehr stark von den zukünftigen innenpolitischen Entwicklungen im Land selber ab. Der Weg ist beschwerlich, doch es gibt - vor allem auch im Interesse der iranischen Bevölkerung - keine Alternative. Ein Militärschlag gegen den Iran würde die gesamte Region mit Millionen Menschen ins Unglück stürzen, mit unabsehbaren politischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen für uns alle. Es gilt, diplomatischen und politischen Spielraum zurück zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund

- ◆ fordern wir die internationale Staatengemeinschaft auf, weiterhin eine friedliche Lösung im Atomstreit mit Iran auf dem Verhandlungswege anzustreben
- ◆ sind sowohl eine iranische Atomwaffenfähigkeit als auch ein gegen Iran gerichteter Militärschlag unbedingt zu verhindern
- ◆ verurteilen wir auf das schärfste jegliche antisemitische und israelfeindliche Rhetorik und Drohungen und fordern die iranische Führung zur Unterlassung solcher Äußerungen auf.
- ◆ verurteilen wir die Provokationen und die unnachgiebige Haltung der iranischen Regierung in der Atomfrage und fordern, dass Iran die Urananreicherung und sein militärisches Atomprogramm stoppt, mit der IAEA zusammenarbeitet, damit sie den Hinweisen auf eine mögliche militärische Dimension des Atomprogramms nachgehen kann und fordern, dass Iran das IAEA Zusatzprotokoll zum Safeguardabkommen anwendet, damit IAEA-Inspektionen uneingeschränkt und unangemeldet durchgeführt werden können
- ◆ fordern wir alle offiziellen wie auch inoffiziellen Atommächte und die Staatengemeinschaft insgesamt auf, ernsthafte Schritte zur Reduzierung ihres Atomwaffenarsenals zu unternehmen und schließlich sie abzuschaffen. Dazu gehört der Verzicht auf die Kernenergie bei ihren zukünftigen Energieplanungen.
- ◆ setzen wir uns für eine atomwaffenfreie Welt, insbesondere für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, ein, wie auch im Abschlussdokument der NPT-Überprüfungskonferenz vom Mai 2010 gefordert wird
- ◆ fordern wir von der deutschen Bundesregierung, in Kooperation mit der Europäischen Union, die Initiative zu ergreifen, für eine regionale Sicherheitspolitik im Nahen und Mittleren Osten. Als Modell könnte der KSZE-Prozess herangezogen werden.
- ◆ fordern wir die Staaten dazu auf, dafür zu sorgen, dass die multilateral beschlossenen Sanktionen eingehalten werden
- ◆ fordern wir die Mitglieder des Sicherheitsrates auf, dem Sanktionsausschuss zu Iran den Auftrag zu erteilen, regelmäßig eine Evaluierung über mögliche Auswirkungen der Sank-

tionsmaßnahmen auf die Bevölkerung vorzunehmen und im Falle negativer Konsequenzen die Sanktionsmaßnahmen entsprechend zu verändern

- ◆ betonen wir die Bedeutung und die Notwendigkeit der Fortsetzung der Gespräche mit Iran auf allen Ebenen und insbesondere mit der Zivilgesellschaft
- ◆ verurteilen wir die gewaltsame Repression nach innen durch den iranischen Machtapparat und fordern die iranische Regierung auf, die massiven Menschenrechtsverletzungen, die sich gegen oppositionelle Gruppen ebenso richten wie gegen Frauenrechtlerinnen, Homosexuelle/LGBT, StudentInnen, JournalistInnen, BloggerInnen, reformorientierte Geistliche sowie ethnische und religiöse Gruppen, wie die Bahai, sofort zu beenden und die Opfer zu rehabilitieren und fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung der jüngst verhafteten deutschen Journalisten sowie der verhafteten Anwälte
- ◆ fordern wir die lückenlose Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen, wobei die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und sämtliche politische Gefangene freigelassen werden müssen
- ◆ verlangen wir mit allem Nachdruck, dass friedliche Proteste zugelassen werden, so wie dies auch das geltende iranische Recht vorsieht
- ◆ fordern wir das iranische Parlament auf, Steinigungen und die Hinrichtung von zur Tatzeit Minderjährigen gesetzlich zu verbieten und die Todesstrafe als ersten Schritt zu ihrer gesetzlichen Abschaffung auszusetzen
- ◆ fordern wir die Bundesregierung auf, eine Gesetzes-Initiative zu ergreifen, um auf EU-Ebene die Lieferung von Abhörtechniken und Repressionswerkzeugen zu untersagen
- ◆ unterstützen wir deutsche oder europäische Initiativen, Gegenmaßnahmen zu Stör- und Abhörtechnik zu entwickeln, die BürgernInnen im Iran und in anderen Ländern ungehinderten Zugang zum Internet erlaubt
- ◆ fordern wir die Regierungen der Europäischen Union auf, die Liste der Personen und Organisationen, für die ein Einreiseverbot in die EU gilt und deren Vermögenswerte eingefroren sind, auf diejenigen auszuweiten, die für Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und die Einschränkung der Freiheitsrechte in Iran verantwortlich sind
- ◆ fordern wir die Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie insbesondere die Bundesregierung auf, so schnell wie möglich und unbürokratisch in Absprache mit den Bundesländern, weitere iranische Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland aufzunehmen
- ◆ setzen wir uns in Deutschland und auf europäischer Ebene dafür ein, Programme zu entwickeln, die den vermehrten Austausch zwischen Bürgern der EU und Iranerinnen und Iranern auf kultureller, wissenschaftlicher, akademischer und politischer Ebene ermöglicht
- ◆ unterstützen wir Initiativen in Deutschland und Europa, die dazu beitragen, die abwechslungsreiche Geschichte Irans und die zivilisatorischen Leistungen der in Iran lebenden Völker im Sinne der Völkerverständigung und des gegenseitigen Respekts bekannt zu machen